

Antrag 104/I/2021**Jusos LDK****Der Landesparteitag möge beschließen:****Obdachlosigkeit beenden!**

1 Obdachlosigkeit und obdachlose Menschen gehören wie
2 selbstverständlich zum Berliner Stadtbild. Auf dem Weg
3 zur Arbeit, zur Schule, zum Ausbildungsplatz und in
4 den öffentlichen Verkehrsmitteln begegnen sie uns, oh-
5 ne dass wir uns weiter mit ihnen beschäftigen. Auch der
6 Staat hat die Situation und die Probleme obdachloser
7 Menschen viel zu lange unterschätzt und sie vor allem
8 als „Gefahr für die öffentliche Ordnung“ begriffen, was
9 dazu geführt hat, dass sich vor allem zivilgesellschaft-
10 liche und kirchliche Organisationen um die Bedürfnisse
11 und Sorgen obdachloser Menschen kümmern. Diese sind
12 dabei chronisch unterbesetzt, haben finanzielle Probleme
13 und könnten ihre Angebote ohne das ehrenamtliche En-
14 gagement vieler Bürger*innen überhaupt nicht aufrecht-
15 erhalten. Das muss sich ändern! Wir brauchen staatliche,
16 auf die Bedürfnisse obdachloser Menschen zugeschnitte-
17 ne, barrierearme und garantierte Hilfsangebote!
18

Zuständigkeit der Behörden

19
20
21 Die Bekämpfung von Obdachlosigkeit und die politischen
22 Maßnahmen, die dafür notwendig sind, liegen derzeit in
23 der Zuständigkeit aller drei föderalen Ebenen: Bezirke,
24 Land und Bund.
25

26 Die Bezirke übernehmen dabei die Hauptverantwortung.
27 Sie nehmen Anzeigen der Obdachlosigkeit von den Be-
28 troffenen auf (die bürokratische Grundvoraussetzung für
29 den Zugang zu Unterkünften und weiteren Verwaltungs-
30 maßnahmen), finanzieren und betreuen die gewerbli-
31 chen, ehrenamtlichen oder städtischen Träger, die Un-
32 terkünfte betreiben und obdachlosen Menschen Ange-
33 bote der Grundversorgung wie Nahrungsmittel oder Hy-
34 gienemöglichkeiten zur Verfügung stellen, stellen Perso-
35 naldokumente aus, stellen Beratungsangebote zur Verfü-
36 gung und stellen Sozialarbeiter*innen ein.
37

38 Das Land Berlin ist verantwortlich für die Finanzierung
39 der Bezirke, die gesetzlichen Rahmenbedingungen auf
40 dessen Grundlage die Bezirke Obdachlosigkeit bekämp-
41 fen, und via seiner landeseigenen Wohnungsbaugesell-
42 schaften auch für den staatlichen Wohnungsbau und die
43 Zweckbindung landeseigener Wohnungen.
44

45 Der Bund – genauer gesagt das Bundesministerium für
46 Arbeit und Soziales – ist gemeinsam mit den Bezirken zu-
47 ständig für die Jobcenter. Das Sozialgesetzbuch II (SGB II)
48 ist die bundesrechtliche Grundlage für die Grundsiche-

Empfehlung der Antragskommission**Erledigt bei Annahme 114/II/2021 (Konsens)**

49 rung und die Funktionsweise der Jobcenter. Die Kos-
50 ten für die Grundsicherung trägt der Bund, die Kosten
51 für die Unterkunft von Grundsicherungsempfänger*in-
52 nen teilen sich Bund und Bezirk.

53

54 Aus diesen verschränkten Strukturen entstehen massive
55 bürokratische Hürden – sowohl für Betroffene als auch für
56 wirksame politische Lösungsansätze.

57

58 Sucht eine obdachlose Person Unterstützung, ist dies
59 der Start eines Marathons durch die Behörden. Für ei-
60 nen dauerhaften Zugang zu vielen Unterkünften bedarf
61 es einer Anzeige der Obdachlosigkeit. Diese wird vom
62 Bürger*innenamt aufgenommen. Um Zugang zur Grund-
63 sicherung zu erlangen, benötigen obdachlose Personen
64 außerdem einen Personalausweis. Die Ausstellung eines
65 vorläufigen Personalausweises kostet 10€ und erfolgt
66 ebenfalls durch das Bürger*innenamt.

67

68 Obdachlose Menschen können jedoch nicht zu einem be-
69 liebigen Bürger*innenamt gehen. Die Zuständigkeit für
70 obdachlose Menschen ist unter den zwölf Berliner Bezir-
71 ken nach Geburtsmonat der betroffenen Personen aufge-
72 teilt, um die Kosten und den Aufwand gleichmäßig über
73 die Bezirke zu verteilen. So kann es passieren, dass ei-
74 ne obdachlose Person, deren täglicher Alltag in Wilmers-
75 dorf stattfindet, für einen solchen Termin irgendwie nach
76 Marzahn-Hellersdorf kommen muss. Und selbst wenn sie
77 es schafft, kann es sein, dass das Bürgeramt zu hat, da
78 die Sprechzeiten in jedem Bezirk unterschiedlich sind, und
79 darüber Auskunft zu erhalten für eine obdachlose Per-
80 son sehr schwer ist.

81

82 Wenig überraschend funktioniert diese theoretisch-
83 gleichmäßige Aufteilung der Betroffenen auf die zwölf
84 Bezirke in der Realität kaum. Dazu kommt, dass viele Be-
85 zirke gar keine Obdachlosenunterkünfte betreiben und
86 alle Bezirke im Bereich der Obdachlosenhilfe unterfi-
87 nanziert sind. So konzentriert sich Obdachlosigkeit auf
88 jene Hotspots, wo große soziale und gewerbliche Träger
89 angesiedelt sind.

90

91 Falls eine obdachlose Person zur richtigen Zeit im richti-
92 gen Bürgeramt gelandet ist und sich die 10€ Verwaltungs-
93 gebühr leisten konnte, muss sie nun zum Jobcenter ge-
94 hen, um Grundsicherung zu beantragen, inklusive der da-
95 zu genauestens auszufüllenden Anträge. War dies erfolg-
96 reich, muss die Person eine Wohnung finden – als obdach-
97 loser Mensch auf dem aktuellen Berliner Wohnungsmarkt
98 quasi unmöglich. Hat die Person einen Mietvertrag unter-
99 schrieben, muss sie mit diesem erneut zum Jobcenter, um
100 die Übernahme der Kosten zu beantragen.

101

102 Dieses hölzerne Zusammenspiel der verschiedenen Ebe-
103 nen entlarvt das eigentliche Kernproblem: Obdachlosig-
104 keit wird nicht als ganzheitliches soziales Problem er-
105 fasst, dessen Lösung gezieltes Handeln erfordert. Kei-
106 ne politische Behörde ist dafür dezidiert verantwortlich.
107 Stattdessen werden Teilbereiche des Problems auf ver-
108 schiedene föderale Ebenen verteilt und in verschiede-
109 nen Gesetzestexten untergebracht, die mit Obdachlosig-
110 keit eigentlich nichts zu tun haben.

111

112 In Berlin ist Obdachlosigkeit im Allgemeinen Gesetz zum
113 Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung (ASOG)
114 geregelt. Die öffentliche Sicherheit und Ordnung m s-
115 sen aber nicht vor obdachlosen Personen gesch tzt wer-
116 den, ihnen muss geholfen werden!

117

118 Auf Bundesebene wird Obdachlosigkeit in das Sozialge-
119 setzbuch II und somit in die Grundsicherung und die Job-
120 center eingliedert. Instrumente, die sich um den Ar-
121 beitsmarkt und Arbeitslosigkeit von Menschen mit Wohn-
122 raum drehen. Die Jobcenter und ihre Mitarbeiter*innen
123 sind überhaupt nicht darauf ausgelegt oder dazu ausge-
124 bildet obdachlose Menschen zu unterstützen.

125

126 Und in der Lösung der ganz materiellen, alltäglichen und
127 grundlegendsten Herausforderungen obdachloser Men-
128 schen, verlassen sich die staatlichen Institutionen ganz
129 auf die Arbeit ehrenamtlicher, sozialer oder gewerblicher
130 Träger, die sie dazu auch noch schlecht finanzieren und
131 bezahlen.

132

133 Wir fordern daher eine ganzheitliche politische Herange-
134 hensweise, die Obdachlosigkeit als soziales Problem be-
135 trachtet, dessen betroffene gezielte Unterstützung ben o-
136 tigen, nicht als Gefahr für die öffentliche Ordnung oder
137 ein bloßes Anhängsel anderer sozialpolitischer Themen-
138 felder.

139

140 **Daher fordern wir:**

- 141 • Die Schaffung einheitlicher Rahmenbedingungen
142 für obdachlose Menschen in allen Bürger*innen m-
143 tern.
- 144 • Die Zuständigkeit für die Betreuung, Versorgung
145 und die Unterbringung nach dem ASOG soll auf
146 Landesebene zentralisiert werden. Der Senat hat
147 dabei sicherzustellen, dass Anlaufstellen über das
148 gesamte Stadtgebiet verteilt und jeweils ortsnah
149 zu erreichen sind. Die Zuordnung von obdachlosen
150 Personen zu einem Bezirksamt nach Geburtsort ist
151 im Gegenzug abzuschaffen. Hinsichtlich von Melde-
152 und Ausweisangelegenheiten ist obdachlosen Per-
153 sonen - wie allen anderen Berliner*innen auch - frei-
154 er Zugang zu den Bürger*innen mtern ihrer Wahl

- 155 zu verschaffen.
- 156 • Die Gebühr für die Ausstellung eines vorläufigen
157 Personalausweises ist abzuschaffen.
- 158 • Es soll ein Kooperationsabkommen zwischen dem
159 Land Berlin und dem Bundesministerium für Arbeit
160 und Soziales erzielt werden, um die Zuständigkei-
161 ten für die bezirkliche Dokumentenausstellung und
162 die Beantragung und Verwaltung von Grundsiche-
163 rungsleistungen für obdachlose Personen in einer
164 Behörde zu bündeln und in einem Behördengang zu
165 ermöglichen. Diese Behörde soll ebenfalls medizini-
166 sche und psychologische Beratungsleistung und Be-
167 treuungsangebote durch Sozialarbeiter*innen vor-
168 nehmen können.
- 169 • Die Schaffung einer eigenen Landesbehörde für
170 die Bekämpfung von Obdachlosigkeit, welche bei
171 der Senatsverwaltung für Soziales angesiedelt wer-
172 den soll. Die gesetzliche Grundlage für diese Behör-
173 de soll in einem eigenen Obdachlosigkeitsgesetz ge-
174 schaffen werden. Obdachlosigkeit soll nicht mehr
175 im ASOG geregelt sein.
- 176 • Massive Ausweitung der Finanzierung. Die Bezirke
177 brauchen bedarfsgerechte und gesicherte Finanzia-
178 rung für Sozialarbeiter*innen, Notunterkünfte und
179 die Befriedigung grundlegender Bedürfnisse von
180 obdachlosen Menschen.

181

182 Langfristig fordern wir die Schaffung eines neuen Sozi-
183 algesetzbuches XV auf Bundesebene eigens für die ziel-
184 gerichtete Bekämpfung von Obdachlosigkeit als sozia-
185 les Problem. Letztendlich soll die Zuständigkeit gänzlich
186 aus den Jobcentern entfernt werden und bei einer ei-
187 genen Bundesbehörde zur Bekämpfung von Obdachlo-
188 sigkeit angesiedelt werden. Die Maßnahmen sollen von
189 Bundesebene finanziell verstetigt werden, damit die neue
190 Behörde die Kommunen und die Betroffenen bestmög-
191 lich, bedarfsgerecht, zielgerichtet und effizient unterstüt-
192 zen kann.

193

194 **Unterbringung**

195

196 Zum jetzigen Zeitpunkt gibt es verschiedenen Ange-
197 bote der Unterbringung für obdachlose Menschen. Auf
198 der einen Seite stehen zivilgesellschaftliche Organisatio-
199 nen wie die Berliner Obdachlosenhilfe, die Kältehilfe Ber-
200 lin und die Berliner Stadtmission, all diese stellen in be-
201 grenztem Umfang Unterkünfte und Schlafplätze für ob-
202 dachlose Menschen, teilweise auch exklusiv für Frauen,
203 zur Verfügung und erhalten dafür staatliche Fördergelder.
204

205 Für die Unterbringung von staatlicher Seite aus sind
206 die jeweiligen Bezirksämter zuständig. In der Senats-
207 verwaltung für Integration, Arbeit und Soziales sind

208 sechs Mitarbeitende hauptamtlich für die Betreuung an-
209 gestellt, Hamburg hat bei nur einem Fünftel der obdach-
210 losen Menschen acht Hauptamtliche, also deutlich mehr.
211 Von staatlicher Seite werden zum aktuellen Zeitpunkt
212 etwa 1.100 Notübernachtungsplätze angeboten, von de-
213 nen einige frei bleiben. Darüber hinaus werden die
214 U-Bahnhöfe Moritzplatz und Lichtenberg als Übernachtungs-
215 möglichkeit offen gehalten.

216

217 Unbeachtet von dieser Betrachtung bleiben hierbei Maß-
218 nahmen zur Unterbringung und Unterkünfte, die von
219 den obdachlosen Menschen selbst organisiert werden,
220 zum Beispiel in Parkanlagen, leerstehenden Häusern und
221 Bahnhöfen.

222

223 Problematisch bei der aktuellen Form der Unterbringung
224 sind die jeweiligen Umstände, was dazu führt, dass nicht
225 alle Plätze wahrgenommen werden und einige frei blei-
226 ben. So werden keine Einzelzimmer angeboten, was mit
227 Blick auf Aspekte der Sicherheit und des Sicherheitsge-
228 fühls oft zu schwierigen Situationen führt. Darüber hin-
229 aus gibt es selten Unterkünfte für Paare oder ganz spe-
230 ziell und exklusiv für Frauen, sowie Unterkünfte für Hal-
231 ter von Haustieren, zu denen ein großer Teil der obdach-
232 losen Menschen zählt. Ein anderer Punkt ist, dass einzel-
233 ne Angebote oftmals schließen müssen, da ihnen zu we-
234 nig haupt- und ehrenamtliches Personal zur Verfügung
235 steht, welches die Unterbringung durchführt und beglei-
236 tet. Formen der selbstorganisierten Unterbringung von
237 obdachlosen Menschen finden nur selten Anklang und
238 werden ab einer gewissen Größe durch die Polizei und die
239 Bezirksämter, nicht selten unter Einsatz von Gewalt, auf-
240 gelöst, wobei meist vor allem die „Ordnung im öffentli-
241 chen Raum“ im Fokus steht, als vielmehr die Art und Wei-
242 se der Unterbringung obdachloser Menschen. Ziel muss
243 es sein, allen obdachlosen Menschen langfristig die Mög-
244 lichkeit zu geben, eine Wohnung zu beziehen, die sich an
245 ihren Bedürfnissen orientiert.

246

247 **Daher fordern wir:**

- 248 • So schnell wie möglich Notunterkünfte, zum Bei-
249 spiel aus Containern oder in leerstehenden Hotels
250 und Bürogebäuden, die auf die grundlegenden Be-
251 dürfnisse (Privatsphäre, Barrierefreiheit, Haustiere,
252 Partnerschaften, Sicherheit) obdachloser Menschen
253 eingehen, zu bauen und zur Verfügung zu stellen.
- 254 • In bereits bestehenden Unterkünften für obdachlo-
255 se Menschen muss, wenn möglich, eine Unterbrin-
256 gung in Einzelzimmer gewährleistet werden. In neu
257 zu bauenden Unterkünften muss eine Unterbrin-
258 gung in Einzelzimmer unter allen Umständen ge-
259 währleistet sein.
- 260 • Modellprojekte – wie housing first – mehr in den Fo-

261 kus zu rücken und diese auszuweiten.
262 • Die bestehenden Unterkünfte durch geschultes und
263 ausgebildetes Personal, sowie deutlich höhere Fi-
264 nanzmittel, zu unterstützen.

265
266 Langfristig soll die Unterbringung obdachloser Menschen
267 zentrale Aufgabe der von uns geforderten neuen Behörde
268 werden.

269
270 **housing first**

271
272 Housing First Berlin ist ein an skandinavischen Modellen
273 orientiertes Modellprojekt zur langfristigen Bekämpfung
274 von Obdachlosigkeit in Berlin. Das Konzept basiert auf der
275 unbefristeten Unterbringung Betroffener in Wohnraum
276 mit einem eigenen Mietvertrag und professioneller Be-
277 treuung. Betroffene erhalten sofortigen, bedingungslo-
278 sen Zugang zu Wohnraum. Die Unterbringung erfolgt vor
279 einer potenziellen Behandlung – denn ein Zuhause ist
280 eine wichtige Ressource für Genesung. Das Projekt ge-
281 währleistet ein begleitetes Unterstützungsangebot und
282 richtet sich an alleinstehende Erwachsene, die langjäh-
283 rig obdachlos sind. Die Teilnehmenden gehen eine nied-
284 rigschwellige Kooperationsvereinbarung ein und haben
285 mindestens einen persönlichen Kontakt pro Woche mit
286 dem Team. Derzeit sollen 25 Prozent der Teilnehmenden
287 Frauen sein. Das Projekt kann bis zu 40 Wohnungen ver-
288 mitteln – nach einem Jahr Projektlaufzeit konnten bereits
289 20 Wohnungen vermittelt werden: das Projekt ist erfolg-
290 reich. Jedoch sind 40 Wohnungen bei, nach letzten offizi-
291 ellen (kritisierbaren) Zählungen 1976 Menschen ohne Ob-
292 dach in Berlin, zu wenig!

293
294 Das Konzept Housing First wird bereits international an-
295 gewendet und ist evidenzbasiert. 70 bis 90 Prozent der
296 Teilnehmenden können ihren Wohnraum langfristig hal-
297 ten; die Gesundheit der Betroffenen wird verbessert und
298 das Konzept reduziert kostspielige Kontakte mit öffentli-
299 chen Dienstleistungen.

300
301 Das Recht auf Wohnen ist ein Menschenrecht - jeder
302 Mensch hat Anrecht auf angemessenen Wohnraum! Den-
303 noch leben Menschen auf der Straße und es ist für vie-
304 le schwer, Wohnraum zu finden. Der deregulierte Woh-
305 nungsmarkt wirkt sich am meisten auf psychisch kranke
306 und arme Personen aus – sie finden keinen Wohnraum!
307 Housing First kann nachweislich zu einer verbesserten Si-
308 tuation auf dem Wohnungsmarkt beitragen!

309
310 **Daher fordern wir:**

311 • Das Projekt Housing First Berlin, welches nachweis-
312 lich und nachhaltig wirksam ist, muss als Regelkon-
313 zept der Berliner Wohnungslosenhilfe über die gan-

- 314 ze Stadt ausgeweitet werden.
- 315 • Investitionen des Landes Berlin in das Unterbrin-
- 316 gungssystem müssen künftig in den Bau und die Be-
- 317 wirtschaftung bezahlbarer Wohnungen fließen.
- 318 • Städtische Wohnungsbaugesellschaften (GEWO-
- 319 BAG, degewo etc.) müssen Soforthilfe leisten,
- 320 mehr Wohnungen für das Projekt Housing First zur
- 321 Verfügung stellen und neue Wohnungen hierfür
- 322 bauen.
- 323 • Von den städtischen Wohnungsbaugesellschaften
- 324 zur Verfügung gestellte Wohnungen müssen ver-
- 325 kehrsgünstig liegen.

327 Frauen in Obdachlosigkeit

328

329 Die Zahl der Obdachlosen Frauen in Deutschland wächst

330 stetig. Waren in den 1990er-Jahren noch 15 Prozent der

331 Obdachlosen in Deutschland weiblich, so sind es inzwi-

332 schen 25 Prozent. Das bedeutet: über 70.000 Frauen. In

333 Berlin leben Schätzungen zufolge 2.500 Frauen auf der

334 Straße, doch wie viele es genau sind, weiß niemand.

335

336 Viele wohnungs- und obdachlose Frauen teilen ähnliche

337 Probleme: neben der Schwierigkeit einen geregelten All-

338 tag zu führen, erleben Sie häufig Gewalt. Man kann da-

339 von ausgehen, dass jede obdachlose Frau in Berlin be-

340 reits Opfer sexueller Gewalt geworden ist. In den Win-

341 termonaten stehen Frauen in sieben Notunterkünften 77

342 Betten zur Verfügung. Danach nimmt diese Zahl dras-

343 tisch ab: Nur drei Notunterkünfte für Frauen haben das

344 ganze Jahr geöffnet. 31 Betten können obdachlose Frau-

345 en in Berlin von April bis Oktober nutzen. Die derzeitigen

346 Unterkünfte sind nicht von allen Stadtteilen aus erreich-

347 bar, ohne auf den kostenpflichtigen ÖPNV angewiesen zu

348 sein. So gibt es derzeit keine einzige, ganzjährig geöffne-

349 te, Notunterkunft (Größe?) für Frauen in der City West.

350

351 Selbst öffentliche Toiletten bieten obdachlosen Frauen

352 keinen Schutz vor Gewalt, da diese nur kostenpflichtig be-

353 treten werden können. Neben diesen Punkten ist die Be-

354 schaffung von Hygieneprodukten ein großes Problem für

355 obdachlose Frauen.

356

357 **Daher fordern wir:**

- 358 • Die Durchführung einer geschlechtsspezifischen
- 359 Datenerhebung.
- 360 • Die Schaffung neuer staatlicher Unterkünfte für
- 361 Frauen in allen Stadtteilen. Konkret: eine Notunter-
- 362 kunft für obdachlose Frauen in der City West.
- 363 • Überwachung von Hotspots von sexuellen Übergrif-
- 364 fen durch die verstärkte Präsenz von sensibilisier-
- 365 tem und geschultem Sicherheitspersonal.
- 366 • Die Ermöglichung einer kostenfreien Nutzung aller

367 Toiletten im öffentlichen Raum für Frauen.
368 • Die Ausstattung von öffentlichen Toiletten mit
369 kostenfreien Hygieneprodukten und Schwanger-
370 schaftstests.

371

372 Migration und Obdachlosigkeit

373

374 Obdachlosigkeit ist international. In der Berliner Stadt-
375 mission wurden im Winter 2017/18 Obdachlose Menschen
376 aus insgesamt 90 Ländern, v.a. Polen, Rumänien und Bul-
377 garien beherbergt. Schätzungen zufolge sind knapp die
378 Hälfte der in Berlin lebenden Obdachlose aus Osteuro-
379 pa, da diese in ihren Heimatländern zunehmend stigma-
380 tisiert und gewaltsam verfolgt werden. So gilt in Ungarn
381 ein Gesetz, das Obdachlosen verbietet, auf der Straße zu
382 leben. Einen Anspruch auf soziale Unterstützung haben
383 viele weder in Deutschland noch in ihren Heimatländern.
384 Doch selbst wenn Ansprüche bestehen, dann sind diese
385 aufgrund der Sprachbarriere und der Unübersichtlichkeit
386 des deutschen Rechtssystems nur schwer durchzusetzen.
387 Die betroffenen Menschen benötigen bei der Durchset-
388 zung ihrer Rechte Unterstützung in ihrer Sprache.

389

390 **Daher fordern wir:**

- 391 • Die Unterstützung der Berliner Obdachlosenhilfe
392 durch die Anstellung von Menschen mit Sprach-
393 kenntnissen oder den Einsatz von Dolmetscher*in-
394 nen.
- 395 • Eine gesamteuropäische Zusammenarbeit auf dem
396 Gebiet der Wohnungs- und Obdachlosenhilfe.
- 397 • “Housing First” als Förderprojekt bei der Kommissi-
398 on anzusiedeln.
- 399 • Die sozialdemokratischen Bundesminister*innen
400 und Mitglieder der SPD-Fraktion im Bundestag
401 setzen sich für die internationale Durchsetzung
402 der Grund- und Menschenrechte von obdachlosen
403 Menschen ein, indem ein Vertragsverletzungs-
404 verfahren vor dem Europäischen Gerichtshof
405 und eine Staatenklage vor dem Europäischen
406 Menschenrechtsgerichtshof wegen regelmäßi-
407 ger Verletzungen der Rechte von Obdachlosen
408 eingeleitet wird

409

410 Altersarmut und Obdachlosigkeit

411

412 Ein relevanter Teil der Menschen, die täglich die Ange-
413 bote von Suppenküchen, Hilfseinrichtungen und Orga-
414 nisationen der Obdachlosenhilfe in Anspruch nehmen,
415 sind Rentner*innen, die über eine Wohnung verfügen.
416 Aufgrund einer sehr niedrigen Rente werden diese Rent-
417 ner*innen oftmals vor die Aufgabe gestellt, sich zwischen
418 Geld für anstehende Mietkosten und Geld für Heizkos-
419 ten und Lebensmittel zu entscheiden, wobei oftmals die

420 Wahl auf das Geld für anstehende Mietkosten fällt, da sie
421 Wohnungen, die sie zum Teil schon Jahrzehnte bewohnen,
422 nicht verlassen wollen. Ab einem bestimmten Zeitpunkt
423 im Monat sind daher immer mehr Rentner*innen auf die
424 kostenlosen Angebote der Hilfsorganisationen angewie-
425 sen, um ihr eigenes Überleben sichern zu können.

426 **Daher fordern wir:**

- 427 • Die Einführung von Hilfsangeboten im Rahmen
428 der staatlichen und zivilgesellschaftlichen Obdach-
429 losenhilfe, welche auf die Bedürfnisse von Rent-
430 ner*innen eingehen können und die sie bei Behör-
431 dengängen, Besorgungen und auf der Suche nach
432 ggf. günstigeren Wohnungen unterstützen.

433

434 medizinische Versorgung

435

436 Über 70 Prozent der obdachlosen Menschen leiden an
437 einer behandlungsbedürftigen psychischen Erkrankung
438 – häufig Suchterkrankungen, Depressionen und Psycho-
439 sen. Obdachlose Menschen sind jedoch selten Kranken-
440 versichert, die Kostenübernahme in der medizinischen
441 Regelversorgung ist daher häufig schwierig.

442

443 Einrichtungen wie die Ambulanz der Stadtmission und
444 der Caritas bieten kostenlose medizinische Versorgung
445 für obdach- und wohnungslose Menschen an. Die Ambu-
446 lanz der Stadtmission wird von der Deutsche Bahn Stif-
447 tung unterstützt, sie erlässt der Ambulanz die Miete. Zu-
448 dem arbeiten fast zwei Drittel des Personals in medizini-
449 schen Ambulanzen für obdachlose Menschen ehrenamt-
450 lich. Nur durch dieses gesellschaftliche Engagement kann
451 die medizinische Versorgung obdachloser Menschen ge-
452 stemmt werden! Denn allein Ärzt*innen arbeiten in den
453 Einrichtungen über 2000 Stunden unbezahlt pro Monat.

454

455 Der Senat unterstützt finanziell, jedoch können dadurch
456 bei weitem nicht alle Kosten gedeckt werden. Die Einrich-
457 tungen sind auf Spenden angewiesen. Die Mitarbeiter*in-
458 nen in den Hilfseinrichtungen fühlen sich von der Politik
459 allein gelassen!

460

461 Zudem ist die Versorgung obdachloser Menschen
462 nach einem Klinikaufenthalt nicht ausreichend ge-
463 währleistet. Lange Wartezeiten auf einen Platz in
464 therapeutischen Wohngemeinschaften und mangelnder
465 Wohnraum führen dazu, dass die Menschen teilwei-
466 se wieder zurück auf die Straße entlassen werden. Der
467 deregulierte Wohnungsmarkt in Berlin wirkt sich am
468 meisten auf psychisch kranke und arme Personen aus –
469 sie finden keinen Wohnraum. Jedoch ist ein Zuhause eine
470 wichtige Ressource für die Genesung der Patient*innen!

471

472 **Daher fordern wir:**

- 473 • Mehr öffentliche Gelder für die Bezahlung von me-
474 dizinischem Personal in Ambulanzen für obdachlo-
475 se Menschen bereitzustellen.
- 476 • Die Schaffung kostenloser ambulanter psychiatri-
477 scher Betreuung unabhängig von einer stationä-
478 ren psychiatrischen Behandlung und gleichzeiti-
479 ger Unterbringung der Menschen in einem eigenen
480 und sicheren Wohnumfeld. Das bedeutet, den So-
481 zialpsychiatrischen Dienst auszuweiten, mehr Per-
482 sonal einzustellen und eine verstärkte Zusammen-
483 arbeit von Sozialarbeiter*innen, Psycholog*innen
484 und Psychiater*innen.
- 485 • Ein Angebot sozialpsychiatrischer Gespräche in
486 allen zivilgesellschaftlichen Einrichtungen für
487 obdach- und wohnungslose Menschen soll einge-
488 führt und durch das Land Berlin finanziert werden,
489 wobei die Inanspruchnahme der Hilfe durch Dol-
490 metscher*innen immer möglich sein muss.
- 491 • Die Schaffung und Finanzierung von mehr (thera-
492 peutischem) Wohnraum für die Zeit nach einem Kli-
493 nikaufenthalt für obdachlose Menschen.
- 494 • Eine unbürokratische allgemeine Krankenversiche-
495 rung für obdachlose Menschen.

496

497 mobile Hilfsangebote

498

499 Im Rahmen der vielen verschiedenen Angebote der Hilfs-
500 organisationen gibt es auch solche, die die Hilfsange-
501 bote zu Menschen bringen, die in Obdachlosigkeit le-
502 ben und entweder durch Krankheit bedingt immobil oder
503 in einem Maße den Kontakt zum gesellschaftlichen Le-
504 ben verloren haben, dass dieser erst sehr langsam auf-
505 gebaut werden muss, bevor tradierte Hilfsmechanismen
506 greifen können.

507

508 Ein weiterer Bestandteil dieser mobilen Hilfe sind aber
509 auch die sogenannten "Kältebusse", die in den Wintermo-
510 naten warme Nahrung, warme Getränke und Schlafsä-
511 cke an obdachlose Menschen ausliefern, die sich abends
512 außerhalb von Unterkünften Schlafplätze suchen. Diese
513 sogenannte "mobile Einzelfallhilfe" liegt dabei zum jetzi-
514 gen Zeitpunkt vollkommen in der Verantwortung zivilge-
515 sellschaftlicher Organisationen.

516

517 Auch dieser Bereich der Hilfsangebote ist dabei nicht
518 ausreichend mit hauptamtlichen Personal und Finanzmit-
519 teln, zur Finanzierung der Angebote aber auch zum Aus-
520 bau bestehender Angebote, ausgestattet, was dazu führt,
521 dass die mobilen Hilfsangebote längst nicht alle Gäste
522 und die ihnen bekannten auch nicht im notwendigen Ma-
523 ße unterstützen kann.

524 **Daher fordern wir:**

- 525 • Die finanzielle und personelle Ausstattung der mo-

526 bilen Hilfsangebote deutlich auszubauen und staat-
527 liche Stellen, die die zivilgesellschaftlichen Angebo-
528 te unterstützen, aufzubauen.

- 529 • Die Aufnahme mobiler Hilfsangebote in das Portfo-
530 lio bereits bestehender staatlicher Hilfsangebote.

531

532 Sicherheit obdachloser Menschen

533

534 Die Sicherheit von obdachlosen Menschen ist zu jeder Zeit
535 gefährdet. Sie werden dadurch schnell zum Ziel gewalt-
536 tätiger Angriffe, wie Raubüberfälle, Körperverletzung, se-
537 xualisierter Gewalt, Vergewaltigung oder Totschlag. Vor
538 allem Hunde bieten den obdachlosen Menschen Schutz
539 und Gesellschaft, sind jedoch in den meisten Berliner Un-
540 terkünften verboten.

541

542 Dies führt dazu, dass einige Menschen nicht die Unter-
543 stützung bekommen können, die sie eigentlich benöti-
544 gen. Solange wir nicht alle obdachlosen Menschen in
545 Unterkünften unterbringen können, müssen Polizei und
546 Hilfseinrichtungen enger zusammenarbeiten, wobei der
547 Schutz der Privatsphäre immer Priorität haben muss. Ob-
548 dachlose Menschen haben meist schlechte Erfahrungen
549 mit der Polizei gemacht und das Vertrauen in den Erhalt
550 effektiver Hilfe im Notfall verloren.

551

552 Die Berliner Polizist*innen müssen für den Umgang mit
553 obdachlosen Menschen sensibilisiert werden und Notun-
554 terkünfte durch, vom Land zur Verfügung gestelltes, ge-
555 schultes Sicherheitspersonal unterstützt werden. Derzeit
556 gibt es keine Anlaufstellen innerhalb der Polizei, an die
557 sich obdachlose Menschen ohne Angst vor Repressionen,
558 wenden können.

559

560 **Daher fordern wir:**

- 561 • Die allgemeine Öffnung der Notunterkünfte für
562 Hunde oder separate Zimmer für Menschen mit Tie-
563 ren.
- 564 • Engere Zusammenarbeit der Berliner Polizei mit den
565 Hilfseinrichtungen und deren geschultes Personal.
- 566 • Sensibilisierung und Schulung der Berliner Poli-
567 zist*innen im Umgang mit obdachlosen Menschen.
- 568 • Eine anonyme Anlaufstelle innerhalb der Polizei, zu
569 etablieren, damit obdachlose Menschen Unterstüt-
570 zung erhalten können.

571

572 Drogenpolitik

573

574 Anfang 2020 sprach sich die SPD-Bundestagsfraktion ge-
575 gen eine „Kriminalisierung der Konsument*innen“ aus,
576 allerdings nur hinsichtlich von Cannabis. Wir begrüßen
577 diesen Schritt fordern aber auch, die Entkriminalisierung
578 für alle Drogenkonsument*innen auszuweiten.

579

580 Drogenkonsum ist unter obdachlosen Menschen weit ver-
581 breitet, Schätzungen zufolge leiden 21% der Obdachlo-
582 sen unter Suchterkrankungen. Diese Menschen werden
583 noch zusätzlich von der Gesellschaft stigmatisiert. Hier
584 muss geholfen werden, anstatt zu bestrafen. Wir fordern
585 daher die Meldepflicht für Drogenbesitz in Einrichtun-
586 gen aufzuheben. Derzeit befinden sich Mitarbeiter*innen
587 dieser Einrichtungen stets in einem rechtlichen Graube-
588 reich, wenn diese Drogenfunde nicht zur Anzeige bringen.
589 Dies muss aufhören!

590

591 Zusätzlich fordern wir einen Ausbau der Möglichkeiten für
592 obdachlose Menschen, legal zu konsumieren. Spritzenau-
593 tomaten (z.B. am Bahnhof Zoo) gehen hier in die richti-
594 ge Richtung, reichen aber bei weitem nicht aus. Diese kos-
595 ten oft 50 Cent pro Spritze, was deutlich zu teuer ist. Au-
596 ßerdem reichen Automaten an sich niemals aus. Wir for-
597 dern daher einen massiven Ausbau von Konsumräumen
598 in allen Berliner Bezirken insbesondere auch außerhalb
599 des S-Bahnringes. Diese müssen niederschwellig zugäng-
600 lich sein und von geschultem Personal betreut werden.

601

602 Zusätzlich ist eine kompetente Drogenberatung durch
603 speziell geschultes Personal in der Muttersprache, des hil-
604 fesuchenden Menschen unumgänglich. Hier darf sich
605 das Land Berlin nicht allein auf ehrenamtliche Helfer*in-
606 nen verlassen. Es müssen Stellen geschaffen werden, die
607 aus dem Berliner Landeshaushalt finanziert werden.

608

609 **Daher fordern wir:**

- 610 • Die Aufhebung der Meldepflicht für Drogenbesitz in
611 Einrichtungen der Obdachlosenhilfe.
- 612 • Den massiven Ausbau von Konsumräumen in allen
613 Berliner Bezirken.
- 614 • Eine kompetente Drogenberatung durch speziell ge-
615 schultes Personal bei gleichzeitiger Unterbringung
616 der Menschen in einem sicheren Wohnumfeld.
- 617 • Den Ausbau des Angebotes an sogenannten Sprit-
618 zenautomaten.

619

620 **Nutzung des ÖPNV**

621

622 Um einen vor Kälte und schlechtem Wetter geschützten
623 Raum und Schlafplatz zu finden, nutzen viele obdachlo-
624 se Menschen Bahnsteige, Haltestellen und Bahnhofshal-
625 len und halten sich in diesen auf. Den ÖPNV nutzen sie
626 für Wege zu unterschiedlichen Behörden, Hilfseinrichtun-
627 gen, Schlafplätzen und Unterkünften, sowie als Möglich-
628 keit, um sich aufzuwärmen und Zeitungen zu verkaufen.

629

630 Oftmals haben sie dabei keine - oder nicht mehr gülti-
631 ge - Tickets für den ÖPNV und werden in den Bereichen

632 der Bahnhöfe als "Sicherheitsproblem" verstanden, wes-
633 halb sie von Kontrolleur*innen wegen des "Schwarzfah-
634 rens" aufgegriffen und von Sicherheitspersonal dem Ort
635 verwiesen werden. Da obdachlose Menschen nur selten
636 die hohen Strafzahlungen für das "Schwarzfahren" leis-
637 ten können, droht ihnen bei Wiederholung eine mehr-
638 wöchige Freiheitsstrafe. Darüber hinaus werden im Rah-
639 men von Umbau- und Renovierungsarbeiten sogenann-
640 te "dunkle Ecken" in den Bahnhöfen, in denen obdach-
641 lose Menschen, vom Personenverkehr abgeschirmt, Zu-
642 flucht suchen, immer mehr abgebaut, stärker beleuch-
643 tet und durch Kameras überwacht, was dazu führen soll.
644 dass die obdachlosen Menschen aus den Bahnhöfen ver-
645 trieben werden.

646

647 Daher fordern wir:

- 648 • In Zusammenarbeit mit der Deutschen Bahn und
649 der BVG Konzepte zu entwickeln, die es obdachlo-
650 sen Menschen auch weiterhin ermöglichen sollen,
651 Bahnhöfe und Bahnhofshallen als Schlafplatz oder
652 Zufluchtsort vor schlechtem Wetter zu nutzen.

653

654 An der Forderung einer komplett entgeltfreien Nutzung
655 des ÖPNV für alle Menschen halten wir fest.

656

657

658 Verbesserung der Datenlage

659

660 Statistiken zur Zahl und Charakteristika obdachloser Men-
661 schen sind wichtig, damit sich das Berliner Hilfesystem an
662 ihre Bedürfnisse anpassen kann und beispielsweise aus-
663 reichend Schlafplätze sowie Hygieneartikel für Frauen*
664 zur Verfügung stehen. Deshalb ist die Forderung nach ei-
665 ner zielführenden Obdachlosenstatistik bereits seit 2017
666 Beschlusslage der Jusos Berlin.

667

668 In der Zwischenzeit wurde eine Zählung obdachloser
669 Menschen unter dem Motto „Nacht der Solidarität“
670 durchgeführt. Die Durchführung sowie die daraus ent-
671 standene Statistik wurden von Sozialarbeiter*innen und
672 der Selbstvertretung obdachloser Menschen in Berlin
673 kritisiert. Es wird davon ausgegangen, dass die erfasste
674 Zahl der obdachlosen Menschen viel geringer ist, als die
675 tatsächliche Zahl. Für die kommende Zählung stellen wir
676 deshalb die folgenden Forderungen:

677

678 Aus methodischer Sicht wurde bemängelt, dass in eini-
679 gen Parks und Grünanlagen, wie beispielsweise im Tier-
680 garten oder im Grunewald, gar nicht oder nicht flächen-
681 deckend gezählt wurde. Wir müssen deshalb davon aus-
682 gehen, dass die tatsächliche Zahl der obdachlosen Men-
683 schen in Berlin viel höher ist.

684

685 Außerdem waren an der „Nacht der Solidarität“ viele frei-
686 willige Helfer*innen beteiligt, die vorher keine Erfahrun-
687 gen in der Arbeit mit obdachlosen Menschen hatten. Ex-
688 pert*innen gehen deshalb davon aus, dass viele der soge-
689 nannten verdeckten Obdachlosen in der Statistik nicht be-
690 rücksichtigt werden. Beispielsweise halten sich viele Ob-
691 dachlose in Fast-Food-Ketten auf, die rund um die Uhr ge-
692 öffnet sind. Auch an diesen Orten wurde nicht gezählt.
693 Nicht alle obdachlosen Menschen sind mit viel Gepäck un-
694 terwegs oder auf den ersten Blick als solche erkennbar.

695

696 Auch auf die Kritik der Selbstvertretung obdachloser Men-
697 schen muss reagiert werden. Die Zählung ist würdelos, so-
698 lange sie nicht mit konkreten Handlungsschritten verbun-
699 den ist.

700 **Daher fordern wir:**

- 701 • Vor der nächsten Zählung muss klar zu kommuni-
702 zieren, dass aus den erhobenen Zahlen ein entspre-
703 chender Ausbau der Unterbringungsmöglichkeiten
704 folgt.
- 705 • Bei der kommenden Zählung die Freiwilligen im Vor-
706 feld intensiv von Expert*innen zu schulen. Gleichzei-
707 tig bessere Schätzmethoden zur Erfassung verdeck-
708 ter Obdachlosigkeit zu entwickeln.
- 709 • Das Zählen in unbeleuchteten Flächen und den Kon-
710 takt mit obdachlosen Menschen unter Berücksich-
711 tigung der Sicherheit der Zählenden zu gewährleis-
712 ten, ohne hierfür Sicherheitskräfte einzusetzen.